



Insel der seligen Handaufhalter

Österreich ist im internationalen Korruptionsranking zuletzt deutlich abgesunken. Die Anti-Korruptionsmaßnahmen werden als zahnlos empfunden, und die aktuellen Skandale sind kein Grund zur Hoffnung, die Unkultur des Gebens und Nehmens würde bald eingedämmt.

Arno Maierbrugger

Transparency International, die nichtstaatliche Organisation zur Aufklärung und Bekämpfung der internationalen Korruption, macht sich Sorgen um Österreich. Unser Land hat sich auf dem jährlich erscheinenden Korruptionsindex in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert und lag 2009 auf Platz 16 gegenüber Platz 12 im Jahr 2008.

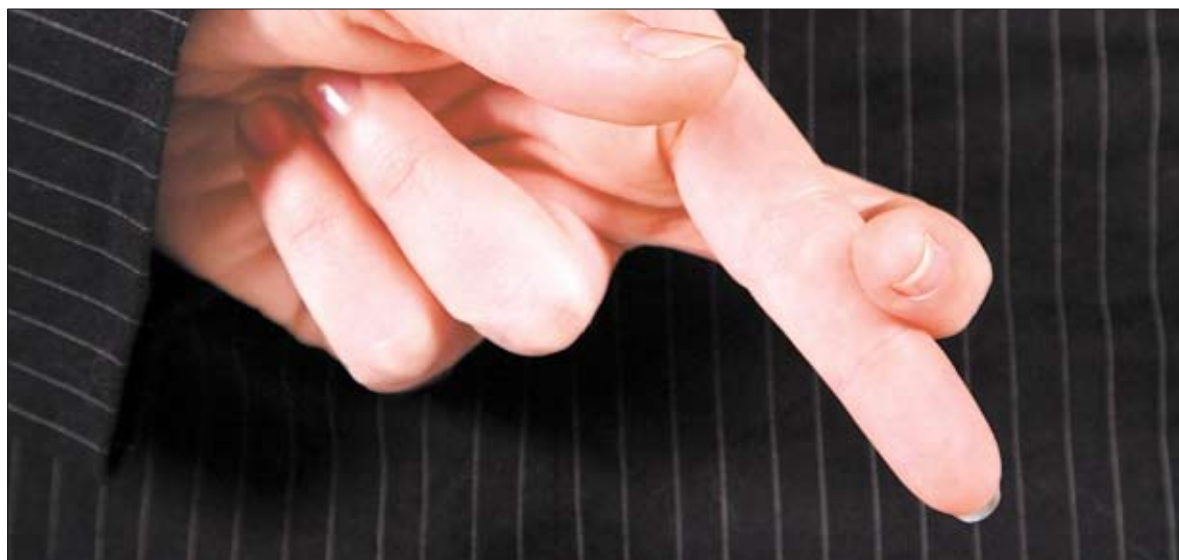
Die Organisation sprach gar von einer „signifikanten Verschlechterung binnen mehrerer Jahre“. Während Österreich zuvor stets im oberen Mittelfeld der westlichen Industrieländer zu finden war, droht es nun nachhaltig zurückzufallen, mahnt Transparency International.

Erstmals seit 1999 lag Österreich im vergangenen Jahr hinter Deutschland. Länder wie Dänemark, Singapur, Irland, Australien, Hong Kong und Kanada machen alle eine bessere Figur als Österreich. Sinkt das Land im Index weiter, finden wir uns in Gesellschaft mit Uruguay, Estland und Zypern wieder.

Mangelnde Unabhängigkeit

Der volkswirtschaftliche Schaden durch Korruption wird heuer 26 Mrd. Euro ausmachen, gemäß einer Berechnung des Linzer Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich Schneider – gegenüber 21 Mrd. Euro im Jahr 2005. Könnte die Korruption auf den geringeren Wert der Schweiz gesenkt werden, dann wäre eine um sieben Mrd. Euro höhere Wirtschaftsleistung möglich, so Schneider.

In einem Bericht des Europarates wurde festgestellt, dass Österreich – das erst 2006 mit großer Verzögerung der 1999 von Europarat eingerichteten Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) beitrug – sich erst „in einem frühen Stadi-



In Österreich wird wieder mehr geschmiert, und das Vertrauen in die Korruptionsbekämpfung durch den Staat ist an einem Tiefpunkt angelangt. Foto: Photos.com

um der Korruptionsbekämpfung“ befindet. Negativ wird das Fehlen einer ressortübergreifenden, auch die Länder und den privaten Sektor einbeziehenden Anti-Korruptionsstrategie der Regierung hervorgehoben und die Initiierung einer derartigen interinstitutionellen und multidisziplinären Zusammenarbeit eingemahnt. Kritisiert wird auch die mangelnde Unabhängigkeit der wichtigsten Kontrollinstanzen zur strafrechtlichen Verfolgung von Korruption, nämlich Staatsanwaltschaften und Polizei; darüber hinaus auch deren mangelnde personelle Ausstattung.

Die derzeitige Situation in Österreich lässt befürchten, dass an der Bekämpfung von Korruption und der Stärkung der legislativen Mittel noch hart gearbeitet werden muss. Ein besonderes Problem ist nach wie vor das Weisungsrecht des Justizministers und der Staatsanwälte, ein Umstand, dem stets der Odeur der politischen Einflussnahme anhaftet. Der politische Wille,

dies zu ändern, ist nach wie vor unausgeprägt, kritisiert Eva Geiblinger, Vorsitzende von Transparency International Österreich.

Zwar gibt es seit 2009 eine Sonderstaatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung, womit einer Forderung von Transparency International entsprochen wurde. Allerdings gab es keine Freistellung dieser Sonderstaatsanwaltschaft vom Weisungsrecht des Justizministers.

Vertrauen erschüttert

Damit lasse sich in der Öffentlichkeit der Verdacht nicht entkräften, dass gerade in Strafsachen mit politischem Hintergrund Einfluss auf die Verfolgungstätigkeit der Staatsanwälte genommen werden könnte, wodurch das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz erschüttert wird, so Geiblinger.

Auch die OECD ist mit dem Umgang Österreichs hinsichtlich Korruption nicht zufrieden. Österreich sei gar eine „Korruptionsoase“,

meinte der Schweizer OECD-Experte Mark Peith kürzlich in einem Interview. Unter anderem sei die Justiz in vielen Fällen zu wenig hartnäckig, auch das österreichische Korruptionsstrafrecht biete Lücken. Insgesamt zeige Österreich „wenig Enthusiasmus, Korruption zu bekämpfen“.

Sieht man sich die aktuellen politisch-wirtschaftlichen Skandale vor allem – aber nicht nur – in Kärnten an, wird man den Eindruck nicht los, dass sich hier eine politische Kaste verselbstständigt hat und dass Geben und Nehmen zur Institution geworden ist.

„Wo viele Menschen zusammenkommen, treffen auch verschiedenste Interessen, Eigennutz und Missgunst aufeinander. Warum sollte das in Österreich anders sein als im Rest der Welt?“, sagte Strabag-Chef Hans Peter Haselsteiner kürzlich in den Oberösterreichischen Nachrichten.

Vielleicht weiß er es besser als der normale Durchschnittsbürger.